



21.3676

Motion Bellaïche Judith.

**Auftrag für die Mitwirkung
an der europäischen Regulierung
der Digitalisierung**

Motion Bellaïche Judith.

**Pour une participation de la Suisse
à la réglementation européenne
du numérique**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.05.23

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.09.23

Antrag der Mehrheit

Annahme der Motion

Antrag der Minderheit

(Stark, Français, Friedli Esther, Gmür-Schönenberger, Michel)

Ablehnung der Motion

AB 2023 S 788 / BO 2023 E 788

Proposition de la majorité

Adopter la motion

Proposition de la minorité

(Stark, Français, Friedli Esther, Gmür-Schönenberger, Michel)

Rejeter la motion

Präsidentin (Häberli-Koller Brigitte, Präsidentin): Es liegt ein schriftlicher Bericht der Kommission vor. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Würth Benedikt (M-E, SG), für die Kommission: Ich springe für Frau Chassot ein, die erkrankt ist, und übernehme die Berichterstattung seitens der WBK-S. Sie haben gesehen, dass die WBK-S mit 6 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung die Annahme der Motion beantragt.

Was will die Motion? Die Motion will den Bundesrat beauftragen, in Bezug auf die aktuelle europäische Regulierung der Digitalisierung eine Position zu erarbeiten, klare Zuständigkeiten zu definieren und sich als Handelspartner aktiv einzubringen, um die Interessen der Schweiz zu vertreten. Ich gehe davon aus, dass die Minderheit nachher ihre Gründe darlegen wird.

Nun zur Grosswetterlage in der Rechtsetzung im europäischen Kontext: Traditionell kennen wir auf der einen Seite ja die Bilateralen Verträge. Sie wissen, es handelt sich hier um statische und eben nicht um dynamische Verträge. Hier gilt das Prinzip des autonomen Nachvollzuges. Wir versuchen hier, auf verschiedenen Kanälen unsere Interessen in technischen Arbeitsgruppen einzubringen, solange wir dort dabei sind.

Dann gibt es auf der anderen Seite auch mittelbare Auswirkungen der Rechtsetzungsmacht der Europäischen Union. Nächste Woche beraten wir den Bericht des Bundesrates mit dem Titel "Lagebeurteilung Beziehungen Schweiz-EU". In diesem Bericht schreibt der Bundesrat in den Kapiteln 2.2.2 und 2.2.3 Folgendes: "Von den Prioritäten der EU sind zwei in Bezug auf ihre Relevanz für die Schweiz besonders eng zu verfolgen: die Digitalisierung und der 'europäische Grüne Deal'. Am 19. Februar 2020 präsentierte die Europäische Kommission



ihre neue Digitalstrategie unter dem Titel 'Ein Europa für das digitale Zeitalter'. Die EU möchte ihre gesellschaftspolitischen Werte verstärkt auch in der Digitalpolitik durchsetzen und eine Vorreiterrolle in der globalen Standardsetzung einnehmen." Er schreibt weiter: "Zur 'strategischen Autonomie' hinzu kommt als umgekehrte Entwicklung die zunehmende Spürbarkeit der Auswirkungen von EU-Regulierungen über die Grenzen der EU hinaus. [...] Globale Anbieter kommen kaum um [den EU-Binnenmarkt] herum. Sie richten sich nach den in der EU geltenden Standards, mitunter auch für Aktivitäten in anderen Märkten, da die oft strengeren EU-Normen dort sicher genügen. Besonders auf technologischem Gebiet hat die EU in den vergangenen Jahren erkannt, wie sie dank des Gewichts ihres Binnenmarkts regulatorische Massstäbe mit globaler Wirkung setzen kann, etwa mit Blick auf den Datenschutz oder die Regulierung von internationalen Online-Plattformen. Diesbezüglich ist beispielsweise zu erwarten, dass grosse Online-Plattformen die neuen EU-Regeln auch in der Schweiz anwenden, unter anderem, weil sie die Schweiz häufig demselben Markt wie die EU-Mitgliedstaaten zuordnen. Die Auswirkungen der EU-Regulierung sind gerade für die mitten in Europa gelegene Schweiz daher auch in Bereichen spürbar, die nicht Gegenstand von Binnenmarktabkommen mit der EU sind." Das alles schreibt der Bundesrat.

Ich illustriere das an einem Beispiel, das gerade jüngst in den Medien war: die Lancierung des I-Phone 15. Die EU verlangt im Interesse des Umweltschutzes, dass ab 2024 alle in der EU verkauften Handys und Tablets über einen USB-C-Anschluss verfügen müssen. Apple, eine globale Unternehmung mit grosser Wirkungsmacht, musste spüren. Die "NZZ" titelte dann auch, dass das neue I-Phone zeigt, dass die EU eine Weltmacht in der Regulierung geworden ist.

Das ist die Ausgangslage; es ist alles im Bericht des Bundesrates niedergeschrieben. Eigentlich kann man die Annahme der Motion nicht besser begründen, als dies der Bundesrat in seinem zitierten Bericht getan hat. Entsprechend wenig nachvollziehbar ist die Ablehnung der Motion. Wir haben unsere Erfahrungen gemacht: Ich erinnere an das Datenschutzgesetz, nun folgt die Tech-Regulierung, die der Bundesrat an die Hand nehmen will. Das hat natürlich sehr viel mit europäischer Regulierung zu tun, auch wenn wir das gerne verdrängen wollen. Aber ob Digital Services Act, Digital Markets Act oder KI-Regulierung, all das wird uns in Zukunft deutlich beschäftigen, ob es uns passt oder nicht. Darum ist es für die Mehrheit der Kommission wichtig, dass die Schweiz hier einen Gang höher schaltet und sich einbringt, so wie wir es in anderen Bereichen auch tun.

Ich mache ein Beispiel: Wir haben auch kein Stromabkommen mit der Europäischen Union; trotzdem wissen wir, wie wichtig es ist, die Möglichkeit der Mitwirkung in technischen Arbeitsgruppen im Strombereich nicht zu verlieren. Im Prinzip präsentiert sich die genau gleiche Situation auch in der Digitalpolitik.

Die Antwort des Bundesrates ist sehr defensiv. Sie widerspricht eigentlich auch den Ausführungen des Berichtes, den wir nächste Woche beraten werden. Jedenfalls kann die Aussage in der Begründung des Bundesrates, wonach kein unmittelbarer Handlungsbedarf für die Schweiz bestehe, mit Blick auf die gesetzlichen Regulierungen in der EU heute wohl nicht mehr so stehengelassen werden. Es mag sein, dass das zum Zeitpunkt der Antwort des Bundesrates – das ist schon über zwei Jahre her; der Bundesrat hat diese Antwort am 25. August 2021 formuliert – noch halbwegs zutraf, aber heute sicher nicht mehr.

Darum beantragt Ihnen die Mehrheit der Kommission, diese Motion anzunehmen.

Stark Jakob (V, TG): Bei dieser Motion geht es um die Frage und die Beurteilung, ob der Bundesrat genügend gemacht hat oder ob ihn das Parlament auf eine Zusatzrunde schicken soll.

In der Kommission wurde uns der Bericht, der dem Bundesrat in dieser Sache vorliegt, ausgehändigt. Der Titel lautet: "Die Schweiz und die Digitalstrategie der Europäischen Union". Dieser Bericht wurde erstmals im Juni 2021 – also genau in der Zeit, als diese Motion eingereicht wurde – vom Bundesrat diskutiert. Der Bericht wurde auf den 15. März 2023 aktualisiert. Nächstes Mal wird er Ende 2024 in aktualisierter Form vorliegen. Sechs Departemente und viele Ämter arbeiten hier mit.

Wenn man diesen Bericht anschaut, dann sieht man, dass zwei wesentliche Forderungen der Motion bereits erfüllt sind: Es werden klare Zuständigkeiten bezeichnet, und es wird auch Handlungsbedarf festgestellt. Wenn ich durch diesen Bericht blättere, dann sehe ich, dass er eine umfassende Analyse der europäischen Digitalstrategie darstellt – und selbstverständlich ist diese auch für die Schweiz sehr wichtig. Die Analyse umfasst 35 Massnahmen, zudem gibt es acht Fokusdossiers.

Alle drei Themen, welche die Motion nennt, sind in diesen Fokusdossiers vorhanden: Es geht zunächst um den Digital Services Act, der übrigens schon am 16. November 2022 in Kraft getreten ist. Da muss man sich nicht mehr bei der EU melden, da muss man nun einfach schauen, welche Auswirkungen das hat. Genau das wird unter Federführung des BAKOM in Zusammenarbeit mit anderen Ämtern gemanagt.

Dann der Digital Markets Act, der auch am 1. November 2022 in Kraft getreten ist: Auch hier muss man nicht mehr in der EU weibel, um diesen irgendwie anders zu gestalten, sondern man muss ihn umsetzen. Hier ist



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2023 • Fünfte Sitzung • 18.09.23 • 15h15 • 21.3676
Conseil des Etats • Session d'automne 2023 • Cinquième séance • 18.09.23 • 15h15 • 21.3676



klar das SECO zuständig.

Schliesslich geht es um die Verordnung zur künstlichen Intelligenz: Es ist äusserst wichtig, dass wir der Ausarbeitung dieser Verordnung folgen und schauen, was die Europäische Union diesbezüglich macht. Hier ist auch eine klare Strategie dahinter, zuständig dafür ist das BAKOM.

Wir haben hier klare Positionen und klare Zuständigkeiten. Ich lade Sie ein, diesen Bericht zu lesen und sich dann nochmals zu überlegen, ob es richtig wäre, diese Motion anzunehmen. Wir sehen, dass der Bundesrat mit der heutigen Lösung

AB 2023 S 789 / BO 2023 E 789

nahe dran ist. Er lässt sich diesen gut koordiniert von sechs Departementen erarbeiteten Bericht jedes Jahr vorlegen. Die Zuständigkeiten sind bezeichnet. Bevor Sie der Verwaltung und dem Bundesrat jetzt die in der Motion geforderte Zusatzaufgabe stellen, bezüglich der EU-Regulierung der Digitalisierung klarere Positionen und Zuständigkeiten zu erarbeiten, müssen Sie sich fragen, ob diese nicht schon vorliegen.

Wie motivierend ist es denn, den Bundesrat und die Verwaltung auf eine Zusatzrunde zu senden, die eigentlich überhaupt nicht notwendig ist? Wir sehen ja, dass die Arbeit hier gemacht wird.

Aus diesem Grunde beantrage ich Ihnen mit meiner Minderheit, diese Motion nicht anzunehmen. Soweit sie Forderungen aufstellt, sind diese bereits erfüllt. Der Bundesrat ist ja wirklich nahe dran. Es ist nicht nötig, hier noch mehr zu verlangen.

Ich danke Ihnen, dass Sie die Motion ablehnen.

Français Olivier (RL, VD): Le thème est important: le numérique nécessite bien sûr une réglementation telle qu'elle est exprimée. Il faut cependant se rappeler que si l'on avait réglementé le numérique il y a vingt ans, je ne sais pas où l'on en serait aujourd'hui. Personnellement, je reste donc très prudent: il faut certes des mesures, mais l'idée d'aller jusqu'à une réglementation exclusivement calquée sur celle de l'Union européenne m'inquiète.

Il est nécessaire d'avoir une position et des compétences claires, on l'a appris au sein de la commission, où j'étais remplaçant – on l'a appris aussi à la Commission des finances puisque l'on suit la question régulièrement. On ne peut pas dire que le Conseil fédéral ne fait rien, bien au contraire. L'évolution de la thématique se constate année après année, et le Conseil fédéral a donné ses priorités concernant ce thème, en particulier il n'y a pas si longtemps encore.

Passons maintenant aux mesures concrètes: personnellement, je me sens assez emprunté pour répondre. Ce qui est sûr, c'est que le postulat Dobler produira un rapport, prévu pour fin 2024. Ce rapport traitera quasiment du même thème, même si, quand on lit entre les lignes, il y a quelques différences. Dans ce cas-là, il s'agit cependant d'un postulat, qui exige un rapport, tandis que dans ce cas-ci, il s'agit d'une motion.

Je reviens sur la notion des priorités: je vois mal dans le texte de la motion, tel qu'il a été rédigé, la définition des priorités par l'auteure de la motion. Il n'y a rien qui définisse des priorités, alors même qu'il s'agit d'une tâche de l'exécutif que d'arriver avec un rapport indiquant ces priorités bien spécifiques.

Accepter une motion aussi imparfaite, même si le Conseil national l'a fait, me paraît difficile. En tous les cas, si je faisais partie de l'exécutif chargé de sa mise en application, j'aurais franchement de la peine. Ce qui est sûr, c'est que cela va retarder le rapport en réponse au postulat Dobler et c'est aussi sur la base de ce dernier que l'on pourrait faire un pas en avant, à savoir décider si l'on souhaite travailler avec la Commission européenne ou pas. De toute façon, c'est ce que nous faisons, même si nous ne sommes pas directement en lien avec elle. Actuellement, nous avons toujours un strapontin, je le rappelle. Depuis ce même strapontin, on continuera de subir plutôt que d'avoir notre propre autonomie et notre propre stratégie par rapport au numérique.

Les arguments de la minorité développés par notre collègue Stark sont tout à fait adéquats et je ne peux que vous recommander de ne pas accepter cette motion.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Cette motion charge le Conseil fédéral d'élaborer une position sur les projets de réglementation actuelle de l'Union européenne en matière de numérisation, de définir clairement les compétences et de s'impliquer activement à Bruxelles.

Le Conseil fédéral propose de rejeter cette motion parce qu'elle n'apporte pas de valeur ajoutée concrète. Les demandes de la motion sont en fait déjà satisfaites.

Le Conseil fédéral a défini les positions de la Suisse en matière numérique dans diverses stratégies. Les compétences sur les différents thèmes sont clairement définies. Au sein de l'administration fédérale, un document à ce sujet est d'ailleurs disponible au public; il tire également des conclusions transversales. Enfin, la Suisse participe déjà autant que possible aux projets de réglementation de l'Union européenne.





En acceptant cette motion, vous créeriez avant tout une surcharge administrative et une duplication des processus existants. Cela conduirait à une dispersion des ressources qui n'aurait pas d'effets tangibles. A ce niveau, la motion est même contre-productive.

Que se passe-t-il actuellement? Où en sont les travaux? La politique numérique de la Commission européenne a bien sûr des répercussions sur notre pays, car nous sommes très étroitement liés à l'Espace économique européen, de plus les activités numériques sont souvent de nature transfrontalière. Comme mentionné, il existe différentes stratégies dans le domaine de la numérisation en Suisse, notamment, depuis de nombreuses années, la stratégie nationale du Conseil fédéral intitulée "Suisse numérique". De plus, depuis 2020, le Conseil fédéral dispose également d'une stratégie de politique étrangère numérique. Avec l'adoption de cette stratégie, le Conseil fédéral a reconnu le numérique comme une thématique prioritaire de la politique extérieure de notre pays.

Pour ce qui concerne spécifiquement la politique numérique de l'Union européenne (UE), j'aimerais rappeler qu'un groupe de coordination interdépartemental dirigé par l'Office fédéral de la communication (OFCOM) et par le Département fédéral des affaires étrangères analyse régulièrement les axes de travail de l'Union européenne et leurs conséquences sur la Suisse. Cet organe, actif depuis 2016, a défini des compétences claires au sein de l'administration fédérale pour les différentes mesures de l'UE. Il coordonne les activités relatives à la stratégie numérique de l'UE au sein de la Suisse.

Le Conseil fédéral a déjà lancé de vastes travaux dans le domaine numérique, entre autres sur la base des analyses de la politique numérique de l'UE mentionnée plus haut, par exemple dans les domaines de la régulation des plateformes, de la concurrence ou de l'intelligence artificielle. Un exemple similaire est la réglementation prévue des grandes plateformes de communication en ligne, que le DETEC était en train de l'élaborer. En raison de la pertinence de la législation de l'UE sur ce projet, ce dernier devra s'appuyer sur les dispositions du Digital Services Act lorsque cela est approprié.

De plus, un grand nombre d'interpellations parlementaires concernant les thèmes mentionnés dans la motion sont en traitement au Parlement. Les mesures en cours sont très souvent présentées en détail dans les avis du Conseil fédéral correspondants. Le Conseil fédéral est donc déjà très actif dans les domaines touchés par la politique numérique de l'UE.

L'autrice de la motion demande aussi – je l'ai dit – une participation plus active de la Suisse à Bruxelles. Comme nous le savons tous, la Suisse, en tant que non-membre, ne peut pas directement participer au processus législatif de l'UE. Néanmoins, notre pays défend ses intérêts en entretenant des contacts réguliers avec l'Union européenne à plusieurs niveaux. Elle le fait à travers son réseau extérieur, à savoir en premier lieu par le biais de la mission de la Suisse auprès de l'Union européenne à Bruxelles. De plus, dans la mesure du possible, la Suisse participe aux groupes de travail techniques et autres plateformes avec des experts de haut niveau européens, contribuant ainsi au débat sur la politique numérique de l'Union européenne. Notre pays joue aussi un rôle très actif dans la réglementation internationale en matière d'intelligence artificielle: il préside le comité compétent au sein du Conseil de l'Europe, où un accord international contraignant sur l'intelligence artificielle est en cours d'élaboration.

Cependant, vous le savez, l'Union européenne considère la coopération avec la Suisse dans le domaine du numérique également à la lumière des relations globales entre la Suisse et l'UE. Pour cette raison, notre participation à Bruxelles est devenue plus difficile. La Suisse a d'ailleurs été exclue de plusieurs programmes et groupes européens dans le domaine de la numérisation, et n'a même plus le statut

AB 2023 S 790 / BO 2023 E 790

d'observatrice. On peut donc dire que nos possibilités de participation à Bruxelles ont fortement diminué, mais l'adoption de cette motion n'y changera strictement rien.

En conclusion, le Conseil fédéral fait tout ce qui est en son pouvoir dans le contexte de la politique européenne. Les compétences au sein de l'administration fédérale sont claires, tout comme les positions du Conseil fédéral. Les stratégies numériques d'ordre général ne manquent pas non plus. Là où cela est judicieux et vraiment nécessaire, le Conseil fédéral a entrepris des travaux de réglementation en Suisse. Je vous donne quelques exemples: les réglementations prévues des plateformes de communication, l'interdiction existante du géoblocage, la lex Booking, la lex Netflix ou bien la nouvelle loi sur la protection des données. Les demandes de renforcement de la participation au niveau européen ne sont pas pertinentes, car elles ne dépendent tout simplement pas uniquement de la volonté de notre pays.

Vu ce que je viens de vous dire, le Conseil fédéral ne voit pas la valeur ajoutée d'un mandat supplémentaire. Encore une fois – je vous l'ai dit –, la motion entraînerait avant tout une surcharge administrative et une duplication des processus existants.





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Herbstsession 2023 • Fünfte Sitzung • 18.09.23 • 15h15 • 21.3676
Conseil des Etats • Session d'automne 2023 • Cinquième séance • 18.09.23 • 15h15 • 21.3676



Pour toutes ces raisons, je vous prie, comme la minorité de votre commission, de la rejeter.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.3676/5988)

Für Annahme der Motion ... 16 Stimmen

Dagegen ... 22 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Schluss der Sitzung um 19.05 Uhr

La séance est levée à 19 h 05

AB 2023 S 791 / BO 2023 E 791

